

Kommentare

ANDRÉ BOCHOW

Linke warten auf „Du weißt schon wer“



Kurz vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen diskutiert ein Teil der Linkspartei über ihr künftiges Führungspersonal, und ein anderer Teil möchte gern, dass das unterbleibt. Die Macht haben die Diskussionsgegner.

Nachdem sich Gesine Lötzsch aus persönlichen Gründen, aber keineswegs zum Leidwesen der meisten in der Partei, zurückgezogen hatte, war die Frage nach der Neubesetzung der Parteispitze mit Wucht wieder aufgetaucht. Bislang galt Lötzsch als das Hindernis für eine nach den Parteiregeln austarierete Doppelspitze. Nun stellt sich heraus: In Wirklichkeit hängt alles an „dem, dessen Namen man nicht aussprechen kann“, wie Oskar Lafontaine kürzlich scherzhaft auf einer Pressekonferenz umschrieben wurde. Mit dem Lord Voldemort aus den Harry-Potter-Büchern hat Lafontaine natürlich nur bedingt Ähnlichkeit. Auch wenn man das in der SPD möglicherweise anders sehen wird. Aber der Name des ehemaligen Vorsitzenden der SPD und später der Linkspartei wird natürlich in der Regel offen genannt.

Doch die Fixierung seiner aktuellen Genossen auf

den Spiritus Rector in Saarbrücken ist erstaunlich. Oskar Lafontaine entscheidet nicht nur, ob er erneut die Parteiführung offiziell übernimmt, sondern auch darüber, wann die Partei seinen Beschlüssen zu folgen hat und wie die Parteiführung insgesamt aussehen soll.

Die Reformer aus dem Osten können sich abstrampeln, wie sie wollen: Wenn „Du weißt schon wer“ befördert, es wird über das Personal erst nach den Landtagswahlen entschieden, dann nickt Gregor Gysi – und alle wissen: So wird es gemacht. Und damit die Realos auch ja wissen, wo der Hammer und die Sichel hängen, knallt ihnen des Saar-Napoleons Lebensgefährtin Sahra Wagenknecht per Interview um die Ohren, es bedürfe der Reformer nicht in der Parteispitze. Wenn das keine Kampfansage ist, was dann?

Dass die schwelende Führungsfrage den Genossen in den Wahlkampfpländern nicht hilft, liegt auf der Hand. Aber da der Parteipatriarch Straßenwahlkampf für ausreichend hält, werden die Linken wohl aus zwei Landtagen fliegen. Spätestens dann ist die Linkspartei komplett abstiegsgefährdet und wird nach einem Harry Potter rufen müssen.

Korrektur notwendig

Man hätte es vorher wissen können: Zu den Kollateralschäden einer Polizeireform gehört die Polizeiarbeit. Beamte, die sich mit sich selbst – und das kann ihnen niemand verdenken – und den neuen Strukturen beschäftigen, können eben nicht wie gewohnt ihrer Arbeit nachgehen. Das heißt natürlich nicht, dass alle Veränderungen aus Angst vor der damit verbundenen Bewegung unterlassen werden sollten.

Der Innenminister muss den Nachweis führen, dass die neuen Strukturen effektiver und zeitgemäßer sind und die Aufklärungsquote trotz des geplanten Personalabbaus wie-

der steigt. Außerdem ist das Sicherheitsgefühl entlang der Grenze durch die gestiegene Zahl der Eigentumsdelikte nachhaltig gestört.

Wahrscheinlich hat all das dazu geführt, dass Innenminister Woideke immer öfter die Einsparziele der Reform in Frage stellt und über einen geringeren Personalabbau laut nachdenkt. Zu einer vernünftigen Reform gehört die Überprüfung ihrer Ziele. Und es zeichnet sich ab, dass die alten Ziele nicht zu erreichen sind. Der Innenminister steht unter Erfolgsdruck. Eine steigende Aufklärungsquote ist der Maßstab. ULRICH THIESSEN

Kauders Mantra

Volker Kauder kann es nicht lassen. Wider alle Empirie und Vernunft wiederholt der Unionspolitiker sein Mantra, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Wie das wohl bei den rund vier Millionen Muslimen hierzulande ankommt? Und ob sie die Kaudersche Unterscheidung begreifen, der sie zwar als neue Bürger willkommen heißt, von ihrem Glauben aber nichts wissen will?

Kauder schießt auf den Beifall jener, bei denen die eingewanderten Muslime Unbehagen, ja Ängste auslösen. Statt aber dafür einzutreten, dass die europäischen Muslime ein Verhältnis zu Demo-

kratie und Rechtsstaat gewinnen, wie es schließlich auch den großen Kirchen abgerungen werden konnte, bedient er Ressentiments. Was man ihm übel nehmen muss.

Wenn er sagt, der Islam sei „nicht Teil unserer Tradition und Identität“, dann stimmt das sogar – für die Vergangenheit. Die Gegenwart ist längst darüber hinweggegangen. Wer deren Realität aber leugnet, wird auch ihre unbestreitbaren Probleme nicht lösen können. Noch mehr Kauder-Worte – und die Bundesregierung kann sich Islam-Konferenzen schenken. Radikale würde das freuen. GÜNTHER MARX

Gesagt ist gesagt



„Ehe unsere Energieversorgungssysteme nicht auf die beschleunigte Wende ausgelegt sind, segeln wir auf Sicht, und das bei Nebel.“

Der scheidende Chef des Energiekonzerns RWE, Jürgen Großmann, über den fehlenden Netzausbau für die Energiewende

Teurer Snack beim Tanken

Warum die Shops bei Aral & Co so teuer sind / Pächter beklagen Knebelverträge



Mal eben an der Tankstelle einkaufen: Billig ist das nicht, aber es macht inzwischen fast zwei Drittel des Umsatzes der Pächter aus.

Foto: Aral

VON STEFAN KEGEL

Berlin (MOZ) **Deutschlands Autofahrer stöhnen über die hohen Benzinpreise. Tankstellenspächter profitieren von dem Anstieg kaum. Die Pachtverträge mit den Mineralölkonzernen knebeln sie – auch bei Würstchen, Eis und Zigaretten im Shop. Die Preise sind entsprechend hoch.**

Wenn Achim Hirsch von seiner Zeit als Tankstellenspächter berichtet, dann macht sich ein Bild der Beklemmung breit. Denn der große Traum, als Selbständiger in eigener Verantwortung solch eine Station zu führen, entpuppte sich als Trugbild.

Die Knebelverträge seines damaligen Verpächters Aral machten ihm das Leben schwer. Vor allem im wichtigsten Einnahmebereich, den deutsche Tankstellen inzwischen haben, dem Shop, sind die Regeln rigide. „Ein Pächter kann sich nicht aussuchen, wo er seine Produkte einkauft“, erklärt er. Die Lieferanten gibt der jeweilige Mineralölkonzern vor. Für Jet liefert zum Beispiel die Le-

bensmittelkette Spar, bei Total übernimmt Lekkerland diese Aufgabe. Hält ein Pächter diese sogenannte Bezugsbindung nicht ein, droht ihm die Kündigung des Vertrages.

Vom Verkauf von Brötchen, Kaffee und Schokolade und weiteren Dingen des täglichen Bedarfs müssen die Pächter einen festgelegten Teil abgeben, die sogenannte Umsatzpacht. Bei Tabakerzeugnissen sind es, einem aktuellen Vertrag zufolge, drei Prozent. Bei Nahrungsmitteln werden sogar 12,5 Prozent des Nettoumsatzes fällig, da durch wird die Marge für den Pächter entsprechend gekürzt.

Hier ein Beispiel anhand einer Markentankstelle: Eine Dose des Energiegetränks Red Bull, die im Shop 2,29 Euro kostet, hat einen Einkaufspreis von 1,15 Euro. Rechnet man von der Differenz die Mehrwertsteuer, den Kostenanteil der Tankstelle und den Pachtanteil ab, dann bleibt nach Hirschs Berechnung für den Pächter sechs Cent übrig. Für die Mineralölgesellschaft 29. Um die Pacht bezahlen zu können, sagt Hirsch, müsse

ein Tankstellenshop so kalkulieren. Dann müsse er eben eine Ein-Liter-Flasche Coca Cola für 1,99 Euro anbieten, die im Supermarkt gegenüber nur die Hälfte kostet.

Die Begründung eines Aral-Sprechers, dass die Lebensmittelpreise an den Tankstellen deshalb höher als im Supermarkt sind, weil die Logistikkosten und die Einkaufspreise höher sind, hält Hirsch für „Quatsch“. Auch der Supermarkt habe Logistikkosten für den Transport der Waren, sagt der Tankstellenspezialist.

Den Pächtern bleibe auch so gut wie kein Spielraum, was die Auslagen betrifft. Ob gerade Grillkohle gut geht oder Eis am Stiel – egal. Sie müssen die Regale so anordnen, wie es das so genannte Shop-Layout vorgibt. „Das ist wie bei Aldi. Vorn rechts steht immer der Kaffee“, erläutert Hirsch. Da gehe es auch im Wiedererkennen. Zudem ist den Pächtern genau vorgeschrieben, an welchem Platz im Regal welches Produkt zu liegen hat. Warum? „Die Gesellschaften lassen sich diese Flächen von der Industrie

bezahlen“, betont Hirsch. Tabakwaren, die im Schnitt zwei Drittel des Gesamtumsatzes im Shop ausmachen, betrifft das genauso. Pro Hersteller kann das im Jahr bis zu 1000 Euro ausmachen – dafür, dass die Zigaretten an einer bestimmten Stelle stehen. „Davon bekommt der Pächter gar nichts.“

Achim Hirsch gab seine beiden Tankstellen 2009 nach fünf Jahren auf. Er arbeitet seitdem als unabhängiger Tankstellenberater und unterstützt Pächter von allen Mineralölgesellschaften.

THEMA
PÄCHTER VON
TANKSTELLENHintergrund
Bundesweite
Tankstellen-Top-Ten

1. Aral	2391
2. Shell	2088
3. Freie	1809
4. Esso	1077
5. Total	969
6. Avia	787
7. Jet	753
8. Orjen	567
9. Eni/Agip	437
10. OMV	317

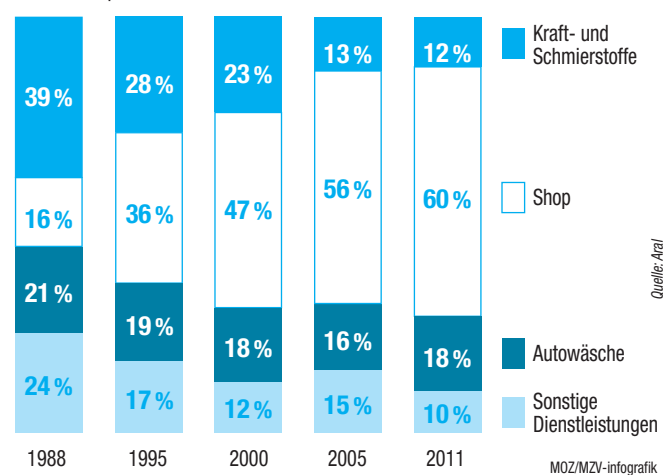
Quelle: Energie Informationsdienst, Januar 2012



Empört über das Gebaren der Mineralölkonzerne: Achim Hirsch, ehemaliger Tankstellenspächter

Foto: privat

Ertragsstruktur der deutschen Tankstellen - am Beispiel von Aral



Was vom Spritpreis übrigbleibt

Unterschiedliche Provisionen im traditionellen Kerngeschäft

Berlin (kg) Mit Benzin und Diesel machen Tankstellen schon lange nicht mehr ihren Hauptumsatz. Immerhin, ein kleiner Gewinn springt für die Tankstellenspächter auch dabei heraus. Vom gegenwärtigen Verkaufspreis von rund 1,70 Euro pro Liter Superbenzin erhalten die Pächter je nach Mineralölgesellschaft im Schnitt etwa einen Cent.

Allerdings sind die Bedingungen von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich, wie aus den Verträgen hervorgeht, die dieser Zeitung in Auszügen vor-

liegen. So zahlt der Marktführer Aral, eine Tochter des britischen Konzerns BP, bisher eine sogenannte feste Literprovision. Er lässt den deutschen Tankstellenspächtern pro Liter verkauften Benzins 1,1 Cent.

Anders beim US-Konzern ConocoPhillips, dem die deutsche Tankstellenkette Jet gehört. Das neue Vertragsangebot, welches den Jet-Pächtern im Mai vorgestellt wird, sieht Provisionen für die Pächter vor, die je nach verkaufter Menge gestaffelt sind. So wird bei einem Ver-

kauf von bis zu 300 000 Litern ein Cent pro Liter gezahlt, bei einem darüber liegenden Absatz von bis zu 400 000 Litern sind es dann nur noch 0,8 Cent. Die Staffel endet bei Verkäufen von mehr als 600 000 Litern, für die nur noch 0,2 Cent an der Tankstelle übrig bleiben. Verkauft eine Station also im Monat durchschnittlich 520 000 Liter – das sind rund 10 000 durchschnittliche Tankfüllungen – , dann bleiben dem Pächter vom reinen Benzinverkauf noch 4480 Euro übrig.

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

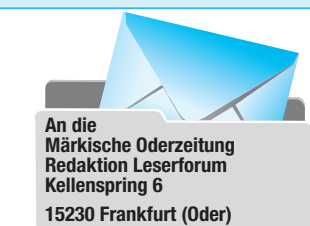
Historiker wiesen Machtstreben nach

Zu „Breite Zustimmung für Günter Grass“ (Ausgabe vom 14./15. April):

Es gibt Leute, die Erwin Strittmatter und Günter Grass ankreiden, dass sie in der Endphase des Krieges 1944 bis 1945 Mitglieder der Waffen-SS wurden und das lieber für sich behielten. Die Voreingenommenheit der Angeber bezeugt die Unkenntnis der Geschichte. Der Reichsführer SS, Himmler, erhielt am 25. September 1944 als Befehlshaber des Ersatzheeres von Hitler das Oberkommando des gesamten Aufgebots. Er hatte schon nach dem Attentat auf Heydrich in Prag zusätzlich die Funktion des Reichsinnenministers anstelle

des gealterten Frick bekommen. Die zunehmenden Kriegsverluste der Waffen-SS konnte Himmler fortan konterkarieren durch einfache Übernahme von Polizei- und Wehrmachtsformationen. Die Historiker haben auch seine Machtgieraktivitäten in Hitlers Endzeit nachgewiesen. HEINZ-DIETER HAUSTEIN Bernau

Deutsche U-Boote und andere militärische Geräte gehören nicht in Konfliktgebiete geliefert, wo Israel durch aggressive ethnische Vertreibung und regelmäßige Kriege aus der Rolle fällt. Diese fatale Exportpolitik anzugreifen, darin kann ich Grass nur unterstützen. MARKO FERST Gosen



Der Wehrpflichtige hatte keine Wahl

Zu „Katakrophaler Nebeneffekt“ (Ausgabe vom 14./15. April):

Die vertretene Meinung zeugt von Unwissenheit. Wer im Dritten Reich gemustert wurde und wehrfähig war, wurde eingezogen. Ob zur Wehrmacht, zur Marine, zur Luftwaffe oder zur SS, das wurde festgelegt. Wehrpflichtige hatten keine Wahl. ROLAND WINKLER Müncheberg

Ein Maulkorb für die Demokratie

Zu „Streit um Redeverbot“ (Ausgabe vom 16. April):

Wer von der Linie abweicht, den trifft der Zorn der Bundestagsgötter. Dieses Redeverbot erinnert an den Maulkorbstaat DDR. So eine Kür, die da auf den Weg gebracht wird, hat mit einem demokratischen Staat nichts mehr gemein. Abweichlern wird ein Maulkorb verpasst. PETER KLAPROTH Schwedt

Was haben wir nach der Wende über die parlamentarische Demokratie gelernt? 1. Der frei gewählte Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verantwortlich.

2. Der Abgeordnete muss bei seinen Entscheidungen (Abstimmungen) den Willen seiner Wähler berücksichtigen.

3. Der Abgeordnete muss seinen Wählern unaufgefordert Rechnung über seine Mandatsausübung ablegen. Dazu gehört auch, dass er seine Meinung in der jeweiligen Volksvertretung freimütig kundtun kann.

Jetzt soll letzteres per „Vergewaltigung“ des Rederechts abgeschafft werden. Ein Skandal, der diktatorische Elemente in die Demokratie einschleust.

VOLKER MIERSCH Schwedt

Die abgedruckten Briefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.